

Dieser Durchbruch aber ist langfristig bedeutsam. Gerade die Deutschen, die nicht den Weg der meisten sie umgebenden Nationen gegangen sind, nämlich durch Revolutionen den Ausgang aus obrigkeitstaatlichen Traditionen zu vollziehen, hätten Anlaß, dankbar festzustellen, daß durch den Widerstand gegen Hitlers Diktatur der Bann dieser Traditionen nunmehr auch bei ihnen gebrochen ist. Wie zeitgebunden die einzelnen Ordnungsvorstellungen der Widerstandskämpfer auch gewesen sein mögen: es ist eine Befreiung erfolgt zum Aufbau einer verantwortlichen Gesellschaft, in der nicht der Mensch für die Ordnung, sondern die Ordnung für den Menschen da ist. Es ist eine Befreiung erfolgt zur Reform veralteter Strukturen, so daß Wort und Tat in den einzelnen Lebensbereichen wieder mehr einander entsprechen können. Es ist eine Befreiung erfolgt zur Erprobung neuer Formen des Zusammenlebens in Kirche und Gesellschaft, damit die Resignation nicht das letzte Wort behält.

Dies alles freilich nicht im willkürlichen Sinne, und schon gar nicht willkürlich in der Wahl der Mittel. Wenn irgend etwas in der Reflektion des Widerstandes von Christen hervorgehoben werden muß, dann doch wohl die große Gewissenhaftigkeit der Beteiligten in der Prüfung ihres eigenen Vorgehens. In klarer Erkenntnis der Verletzlichkeit der menschlichen Grundwerte und in sensibler Sorge vor einer Auszehrung der Substanzen haben sie immer wieder vor leichtfertiger Gewaltanwendung zurückgeschreckt, die den Sinn für das Verhältnis von Mittel und Zweck abstupfen läßt.

Und besonders Bonhoeffer, der zu den wenigen gehörte, die sich schließlich zur Bejahung eines Attentats auf Hitler durchgerungen hatten, hat mehrfach davor gewarnt, aus dem Kampf gegen Hitler ein schuldfreies Recht auf Gewaltanwendung abzuleiten. Wer das Schwert nimmt, so hat er zu Beginn des Krieges gegenüber seinem Schwager Dohnanyi betont, wird auch durch das Schwert umkommen. Von der Geltung dieses Wortes seien die Widerstandskämpfer nicht ausgenommen, aber es bedürfe solcher Menschen, die es stellvertretend auf sich nehmen.<sup>18</sup>

Wer also meint, zur Änderung der Verhältnisse bedürfe es der Gewaltanwendung, wird sich keinen billigen Segen von den Trägern des kirchlichen Widerstandes holen können. Die Antwort gerade von Männern der Bekennenden Kirche auf die Herausforderung des nationalsozialistischen Unrechtsstaates war keine Rechtfertigung der Gewalt, sondern allenfalls die Bereitschaft, die Gewalt als Schuld und Opfer auf sich zu nehmen, um Recht und Gerechtigkeit gegen eine menschenfeindliche Tyrannei wiederherzustellen. Sie hinterlassen keinen Freibrief, sondern eine Verpflichtung: die Verpflichtung, für das einzustehen, was wir tun, und zwar mit vollem Bewußtsein.

<sup>18</sup> E. Bethge, Dietrich Bonhoeffer, a.a.O., S. 704 u. 893 f.

## Das polnische Problem in der deutschen Widerstandsbewegung (1933–1944)

von Marian Wojciechowski

Die Widerstandsbewegung in Hitlerdeutschland hat ihre *differentia specifica*, wenn man sie mit den Widerstandsbewegungen in den vom Dritten Reich besetzten Ländern Europas vergleichen möchte. Gerhard Ritter<sup>1</sup> hat zu Recht festgestellt: „Was die Widerstandsbewegung in Deutschland von der aller anderen Länder unterschied, war der Umstand, daß sie sich gegen die Regierung des eigenen Landes richten mußte.“ Die deutsche Widerstandsbewegung (mit Ausnahme von Kommunisten und Sozialdemokraten) war anfänglich mit „dem System des Dritten Reiches“, das nach dem 30. Januar 1933 eingeführt wurde, verbunden. Diese Bewegung mußte sich nicht nur gegen die eigene Regierung richten, wie es Ritter sehen möchte, sondern – ja mehr noch – sie war mit ihr durch die Teilnahme an der Machtausübung, und dies nicht nur auf der untersten Ebene, verbunden. Als Beispiel könnte man hier solche Namen nennen wie Ulrich von Hassell, der bis 1937 im deutschen diplomatischen Dienst tätig war, oder Carl Goerdeler, Oberbürgermeister von Leipzig, später Preiskommissar im Dritten Reich, der dieses Amt von Adolf Hitler erhielt, oder Offiziere höherer Ränge. Diese Sachlage wurde durch die Aufrechterhaltung des alten Weimarer Staatsapparats und der alten Postenbesetzung im Heer durch die Nationalsozialisten bedingt. „Die Homogenität der Reichsministerialverwaltung“, schreibt Hans Mommsen<sup>2</sup>, „blieb, abgesehen von den neugeschaffenen Ministerien, weitgehend erhalten.“ Die Widerstandsbewegung in Deutschland erwuchs also – und dies wiederum mit Ausnahme der Kommunisten und Sozialdemokraten – aus dem Staatsapparat und dem Heer, ja mehr noch, zu einem bedeutenden Teil, bis zum 20. Juli 1944, war sie in diesem Staatsapparat und im Heer beheimatet. Das konnte nicht ohne Einfluß auf die Programme für die Zukunft bleiben, für die Zeit nach der gelungenen Liquidierung des nationalsozialistischen Machtsystems. Nur die deutschen Kommunisten können wir mit den Widerstandsbewegungen in den von Deutschland besetzten Ländern vergleichen. Sie wirkten ja *par excellence* im Untergrund, auf die Art und Weise, die dem Funktionieren der Widerstandsbewegungen in den besetzten Ländern ähnlich war. Die deutschen Sozialdemokraten dagegen verlegten den Schwerpunkt ihres Kampfes gegen das Dritte Reich ins Exil; sie können also in unseren Erwägungen nicht berücksichtigt werden.

In meinem Referat möchte ich mich der Widerstandsbewegung, die der deutschen konservativen Rechten entstammte und, wie gesagt, mit dem nationalsozialistischen Machtapparat, mit kollaboranter Färbung – wie wir Polen es bezeichnen würden – verbunden war, zuwenden. Die Begrenzung des Themas ergibt sich aus der Rolle Polens in den Programmen dieser Bewegung, einer durchaus wichtigen Rolle, im Vergleich z. B. zu den deutschen Kommunisten, die ihre Tätigkeit auf die Versuche der Massenmobilisierung mit dem Ziel der Abschaffung der bestehenden Gesellschaftsordnung und des Machtsystems konzentrierten und weniger Nachdruck auf die Einzelheiten der Programme legten.

<sup>1</sup> G. Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1956, S. 99.

<sup>2</sup> Hans Mommsen, Beamtentum im Dritten Reich. Mit ausgewählten Quellen zur nationalsozialistischen Beamtenspolitik, Stuttgart 1966, S. 14.



zeichnis der künftigen Gaue<sup>13</sup> auf; darunter befanden sich Westpreußen, Warthegau oder Posen, Oberschlesien, aber auch das Elsaß und Österreich. Auch wenn man den Willen zur Aufrechterhaltung des von Preußen besetzten Gebiets außer Acht läßt, fällt dem polnischen Historiker die Übernahme der Hitlerschen Terminologie bei der Einteilung des Reichs in Parteibezirke – Gaue, sowie der Vorschlag zur Erhaltung der Hitlerschen administrativen Neubildung – Warthegau, auf. Warum hat er die Sudeten nicht mit einbezogen?

Das Programm der Organisation des künftigen Europas und der Rolle Deutschlands sowie seiner Außenpolitik erarbeitete Goerdeler im Herbst 1943<sup>14</sup>, als für den außenstehenden Beobachter bereits offenkundig war, daß Deutschland den Krieg nicht gewinnen konnte. Ausgangspunkt dieses Programms war die Voraussetzung, daß Europa einen Schutz gegen die „russische Gewalt“ braucht. Eine solche Absicherung konnte nur ein starkes Deutschland bieten, das Hand in Hand mit Großbritannien ginge. Charakteristisch ist, daß Goerdeler – er täuschte sich gründlich in seinen Vermutungen – voraussetzte, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika keine bedeutende Rolle in der Ausgestaltung Nachkriegseuropas spielen würden; er gab dagegen seiner Zufriedenheit Ausdruck, daß in diesem Europa Frankreich keine große Rolle spielen werde, weil es infolge der Niederlage im Jahre 1940 aus dem Mächtenspiel ausgeschieden sei.

Das deutsch-britische europäische Konzert, gegen die UdSSR gerichtet, sollte also Grundlage des künftigen Schicksals unseres Kontinents werden. Welche Rolle sollte hierbei Polen zufallen?

Unserer Meinung nach erweist es sich als zweckmäßig, die Rolle Polens in den Plänen der deutschen Widerstandsbewegung in chronologischer Reihenfolge zu verfolgen, denn auf diese Weise läßt sich präzise die Evolution dieser Rolle aufzeigen, die – fügen wir hier hinzu – mit den anfangs errungenen, später abnehmenden Erfolgen Deutschlands auf den Kampfplätzen des Zweiten Weltkrieges in Verbindung steht.

Im Februar 1940, in dem Schweizer Kurort Arosa, unterbreitete Ulrich von Hassell dem Mitarbeiter des britischen Intelligence Service, Lonsdale Bryant, die Grundsätze des Projektes eines Kompromiß-Friedensvertrags zwischen Deutschland einerseits und Großbritannien und Frankreich andererseits.<sup>15</sup> Im Mittelpunkt stand der Vorschlag der Aufrechterhaltung eines starken Deutschlands als eines „Bollwerks vor dem Bolschewismus“, wovon wir bei der Interpretation des Programms von Goerdeler aus dem Jahre 1943 berichtet haben. In den von Hassell im Februar 1940 unterbreiteten Grundsätzen verlangte er die Aufrechterhaltung der Eingliederung des Sudetenlandes und Österreichs in das Deutsche Reich; dieses Projekt sanktionierte also sowohl den Anschluß als auch das Münchener Abkommen. Indem es die Wiederherstellung des polnischen Staates und der Republik Tschechoslowakei suggerierte, sah das Projekt ferner im Prinzip die Beibehaltung der deutschen Ostgrenze von 1914 vor. Es ist unbekannt, ob die Einschränkung „im wesentlichen“ im Vergleich zu dem Verlauf der Grenze von 1914 „Zugeständnisse“ für Polen bedeutet hätte, oder auch die Erweiterung des Territoriums Deutschlands im Osten beinhaltete. Es ist jedoch eine Tatsache, daß die dem Reich im Oktober 1939 eingegliederten Gebiete bedeutend über den Besitzstand von 1914 hinausgingen.

Diese von Hassell unterbreiteten Vorschläge sahen die Vermittlung einer Information durch den britischen Vertreter vor, daß Deutschland einen solchen Frieden nach der Beseitigung der Herrschaft der Nationalsozialisten schließen werde, sowie die Forderung, Großbritannien solle diese Bedingungen noch vor dem geplanten Umsturz billigen. Die britische Antwort (vom März 1940) hatte einen pythischen Charakter. Die Regierung Großbritanni-

ens wollte sich nicht binden und war zur Aufnahme von Gesprächen erst nach dem erfolgreich durchgeführten Umsturz bereit.<sup>16</sup>

Die Treffen in Arosa bildeten den einzigen wichtigen direkten Kontakt zwischen der deutschen Widerstandsbewegung und Großbritannien während des Zweiten Weltkrieges. Die Niederlage Frankreichs machte diese Kontakte gegenstandslos. Einmal war Großbritannien nach dem Juli 1940 entschlossen, den Krieg bis zum Endsieg zu führen, dann verstummt aber auch die konservativen Gegner des Nationalsozialismus in Deutschland, denn aller Voraussicht nach konnte Deutschland den Krieg doch gewinnen. Die in den Folgejahren geschmiedeten Pläne, die die Rolle Deutschlands „im Europa ohne Hitler“ festlegten, waren nicht Gegenstand der Verhandlungen mit den Vertretern der Westmächte, wenn man den Aufenthalt Goerdelers in Stockholm 1943 nicht berücksichtigt.

Am 30. Mai 1941, also drei Wochen vor dem Überfall Deutschlands auf die UdSSR, erarbeitete Goerdeler ein neues Projekt der Grundsätze des Friedensvertrags aus, das für die britische Seite bestimmt war.<sup>17</sup> Dieses Projekt ging über die Vorschläge des Vorjahres hinaus. Es sah die Wiederherstellung der Grenzen Deutschlands von 1914 nicht nur im Osten, sondern auch mit Frankreich und Belgien vor, es forderte ebenfalls die Beibehaltung der Eingliederung des Sudetenlandes, von Österreich und Memel, sowie die Rückgabe der Kolonien an Deutschland, die es in Versailles verloren hatte. Die Niederlage Frankreichs blieb also nicht ohne Einfluß auf die Erweiterung des Programms der territorialen Vergrößerung Deutschlands.

Das nächste, bereits erwähnte und viel umfangreichere Projekt<sup>18</sup> der Grundsätze des Friedensvertrags hat Goerdeler im Herbst 1943 ausgearbeitet. Von der Notwendigkeit der Schaffung eines deutsch-britischen Konzerts in Europa ausgehend, forderte Goerdeler die Wiederherstellung der Ostgrenze Deutschlands von 1914; im Original: „im Osten etwa die Reichsgrenze von 1914“. Jenes „etwa“ scheint auf ein gewisses Einlenken in den Forderungen hinzuweisen, was sicherlich von der Überzeugung von der unvermeidlichen Niederlage Deutschlands, ohne Rücksicht auf die Möglichkeit der Machtbehauptung durch Hitler, bedingt wurde. Die Grundsätze dieses Projektes sahen ferner die Einbeziehung des Sudetenlandes und Österreichs in das Deutsche Reich vor. Ein Novum war aber der Vorschlag eines Anschlusses von Südtirol „bis zur Grenze Bozen-Meran“. Dieses Novum stand mit dem Ausscheiden Italiens aus dem Krieg – als Verbündeter Deutschlands – in Verbindung. Dies bot wiederum eine Gelegenheit zur Erweiterung des Programms territorialer Annexionen.

In bezug auf das Elsaß sah das Projekt zwei Varianten vor: die Gründung eines autonomen Elsaß oder – im Widerspruch zu den Plänen vom Mai 1941 – die Aufteilung dieses Landes nach Sprachkriterien zwischen Deutschland und Frankreich.

Polen nimmt in dem hier besprochenen Projekt eine wichtige Position ein, nicht nur in Verbindung mit der Forderung nach Beibehaltung der Ostgrenze Deutschlands von 1914. Lassen wir aber Goerdeler zu Wort kommen: „Im übrigen werden in einem europäischen Staatsbunde, auf den wir hinstreben müssen, innereuropäische Grenzen eine immer geringere Rolle spielen. Dieser territoriale Bestand des Deutschen Reiches setzt die Verständigung über Polen voraus. Soweit sich jetzt übersehen läßt, ist der Bestand Polens davon abhängig, daß die deutsche Front im Osten die polnische Ostgrenze von 1938 hält. Bricht sie, ist die deutsche Front im Osten die polnische Ostgrenze von 1938. Bricht sie, ist Polen an Rußland verloren. Wir würden ebenso fühlen... Polen zusammen, so ist Polen an Rußland verloren. Wir verstehen Empörung und Haß des polnischen Volkes nach allem, was geschehen ist, sehr wohl. Wir würden ebenso fühlen... Polen kann Ersatz für Westpreußen und Posen durch die Staatsunion mit Litauen erhalten. Dadurch wird beiden Völkern geholfen und Polen der Zugang zum Meer geschaffen. Eine solche Union hat in den früheren Jahrhunderten bestanden; sie ist an dynastischen Fragen ge-

<sup>13</sup> Ebenda, Anex II, S. 578.

<sup>14</sup> Ebenda, Anex VI, S. 583.

<sup>15</sup> Vom anderen Deutschland, op. cit., S. 127.

<sup>16</sup> Ebenda, S. 148.

<sup>17</sup> G. Ritter, op. cit., Anex V, S. 583.

<sup>18</sup> Vergl. Anm. 14.

scheitert... So ist zu hoffen, daß allmählich nach diesen furchtbaren und leidvollen Erfahrungen auch das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen wieder ausgeglichen wird. Jedenfalls werden wir bereit sein, Polen bei der Heilung seiner Wunden und in Zukunft jede nur mögliche Hilfe angedeihen zu lassen.“ Weiter lesen wir aber auch: „Die gewaltige Schuldenlast dieses unseligen Krieges teilt Deutschland mit der ganzen Welt. Die Zerstörungen aber, die der Krieg angerichtet hat, sind heute schon in Deutschland größer als in jedem anderen Teil Europas. Es ist daher physisch für Deutschland unmöglich, außer dem Aufbau in Deutschland, der Generationen in Anspruch nehmen wird, auch noch den in anderen Ländern zu schaffen.“

In der schon erwähnten, einige Monate früher verfaßten und im März 1943 der deutschen Generalität zugeleiteten geheimen Denkschrift<sup>19</sup> schrieb Goerdeler u. a.: „Damit komme ich zu den Voraussetzungen, die geschaffen werden müssen, um diese unseren Bestand und unsere Zukunft sicherstellenden Ziele zu erreichen: ... Insbesondere muß die deutsche Wehrmacht fähig bleiben, die Ostfront nicht weiter westlich als die Ostgrenze Polens zu halten. Dies ist wichtig, weil wir dann sowohl den Polen wie den Angelsachsen gegenüber den Schlüssel für das Geschick Polens in den Händen haben... Ein selbstständiges, richtig behandeltes Polen wird ganz von selbst wirtschaftlich und politisch Anschluß an Deutschland suchen müssen. Nach Möglichkeit ist ihm Staatsunion mit einem im übrigen autonomen Litauen (Zugang zum Meer) zu verschaffen.“

Die letzten erhalten gebliebenen Programme „für die Zukunft“, erarbeitet von der deutschen konservativ-rechtsorientierten Widerstandsbewegung, stammen aus dem Jahre 1943, also aus jener Zeit, als Hitlerdeutschland – trotz der militärischen Niederlagen – noch eine starke Macht war, die im Falle der Liquidierung der Herrschaft Adolf Hitlers eine günstige Ausgangslage für Friedensverhandlungen darstellte. Im Juli 1944, als ein mißlungenes Attentat auf das Leben des Führers verübt wurde, verschlechterte sich die militärische Lage Deutschlands an allen Fronten; es war also nicht mehr möglich, im Falle der Machtergreifung durch die Verschwörer, von der Verwirklichung der obenerwähnten Programme zu träumen. Darum geht es hier aber nicht. Der Tatbestand ist der, daß solche Programme überhaupt ausgearbeitet wurden, daß es Menschen gab, die trotz der – auch für die Deutschen – bitteren Lektion und der grausamen Erfahrungen der Herrschaft der Hitlerfaschisten „alles vergessen und nichts gelernt haben“. Die Grenze von 1914 im Osten, die Erhaltung der Ostfront entlang der Ostgrenze Polens von 1938 – dies war das Ergebnis eines Denkens in Kategorien der Jahre vor 1914 und der Erfahrungen von 1918 und 1920. Die Staatenunion Polens mit Litauen – das waren die wiederhervorgeholten, noch in den zwanziger Jahren im Völkerbund lancierten Lösungsvorschläge. Und dies geschah zu einer Zeit, als sich die Führer der deutschen konservativen Widerstandsbewegung der Schwere der von den Nationalsozialisten in Polen verübten Verbrechen voll bewußt waren; das beste Zeugnis von dieser Geisteshaltung legt das Tagebuch von Hassells ab, denn darin finden sich zahllose Bemerkungen über die Verbrechen der Deutschen in Polen. Menschen vom Schlage Goerdelers und Hassells verstanden nicht, daß als Ergebnis des Zweiten Weltkrieges die Hegemonie Deutschlands in Europa beendet und die Pläne seiner Vorherrschaft im Osten aufgegeben werden mußten. Bei all dem, und insbesondere vom moralischen Standpunkt her, erstaunt der Plan der Aufrechterhaltung der Eingliederung der von Adolf Hitler eroberten Gebiete in das Deutsche Reich, sei es auf dem Wege politischer Erpressung, sei es manu militari.

Zygmunt Wojciechowski schrieb im Jahre 1951<sup>20</sup>: „Die rechtsorientierte junker-feudale Opposition gegen Hitler, die sich noch im Verlaufe des Krieges bemerkbar machte, nahm

<sup>19</sup> Vergl. Anm. 4.

<sup>20</sup> Z. Wojciechowski, Polska nad Wisłą i Odrą wobec Niemiec, „Życie i Myśl“, Nr. 11/12, S. 431.

keine Rücksicht auf die polnische Frage. Und dies, obwohl die Hitlersche Aggression auf Polen ein offensichtliches Verbrechen war und trotz der Tatsache, daß die Lebenskraft der breiten Massen der polnischen Gesellschaft in den Westgebieten in der Zwischenkriegszeit nicht berücksichtigt wurde. In Deutschland, das unter dem Einfluß der junker-kapitalistischen Vorstellungen blieb, wurde die Revision in bezug auf die Frage der polnisch-deutschen Beziehungen nicht oder nur im geringen Umfang vorgenommen. Dort überwogen noch ständig die Vorstellungen, die Henryk Sienkiewicz in seinem Werk „Bartek, der Sieger“ so meisterhaft dargestellt hatte.“

Dennoch sollte der Historiker das Andenken dieser Deutschen ehren, die ihr Leben im Kampf gegen den Nationalsozialismus geopfert haben. An dieser Stelle soll daher der Person von Graf Schwerin von Schwanefeld gedacht werden, der während des Gerichtsverfahrens vor dem sog. Volkstribunal im August 1944 Roland Freisler, dem Vorsitzenden des Tribunals, die von den Nationalsozialisten in Polen<sup>21</sup> verübten Verbrechen vor Augen führte.

<sup>21</sup> 20. Juli 1944, herausgegeben von der Bundeszentrale für Heimatdienst, Bonn 1961, S. 206.